

Als Sprachvermittler_innen verwehren wir uns entschieden gegen eine inhaltliche Einflussnahme auf das Angebot von Sprachkursträgern und vertreten die Förderung der Mehrsprachigkeit anstelle einer Verabsolutierung der „Staatsprache“.

Wir rufen alle Kursleiter_innen und Kursteilnehmer_innen an den verschiedenen Institutionen, Instituten, aus selbstorganisierten Initiativen und alle solidarischen Menschen und Initiativen auf, gemeinsam gegen die rassistische Asylgesetznovelle auf die Straße zu gehen.

DAS RECHT FÜR MENSCHEN IM ASYLVERFAHREN UND MENSCHEN OHNE AUFENTHALTSSTATUS AUF ZUGANG ZU GEFÖRDERTEN SPRACHKURSEN UND ZU ALLEN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

KEINE ZUGANGSBESCHRÄNKUNG BEI SCHULE, AUSBILDUNG UND STUDIUM DURCH AUFENTHALTSSTATUS

DAS RECHT AUF ERWERBSARBEIT – EINEN UNEINGESCHRÄNKTEN ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT

DAS RECHT AUF SOZIAL- UND VERSICHERUNGSLEISTUNGEN

Vollversion Stellungnahme zum Asylgesetz der IG Arbeitsbedingungen DaF/DaZ Basisbildung :

<http://igdazdafbasisbildung.noblogs.org>

Kontakt: DaFDaZSolidaritaet@gmail.com

Als Sprachvermittler_innen verwehren wir uns entschieden gegen eine inhaltliche Einflussnahme auf das Angebot von Sprachkursträgern und vertreten die Förderung der Mehrsprachigkeit anstelle einer Verabsolutierung der „Staatsprache“.

Wir rufen alle Kursleiter_innen und Kursteilnehmer_innen an den verschiedenen Institutionen, Instituten, aus selbstorganisierten Initiativen und alle solidarischen Menschen und Initiativen auf, gemeinsam gegen die rassistische Asylgesetznovelle auf die Straße zu gehen.

DAS RECHT FÜR MENSCHEN IM ASYLVERFAHREN UND MENSCHEN OHNE AUFENTHALTSSTATUS AUF ZUGANG ZU GEFÖRDERTEN SPRACHKURSEN UND ZU ALLEN BILDUNGSEINRICHTUNGEN

KEINE ZUGANGSBESCHRÄNKUNG BEI SCHULE, AUSBILDUNG UND STUDIUM DURCH AUFENTHALTSSTATUS

DAS RECHT AUF ERWERBSARBEIT – EINEN UNEINGESCHRÄNKTEN ZUGANG ZUM ARBEITSMARKT

DAS RECHT AUF SOZIAL- UND VERSICHERUNGSLEISTUNGEN

Vollversion Stellungnahme zum Asylgesetz der IG Arbeitsbedingungen DaF/DaZ Basisbildung :

<http://igdazdafbasisbildung.noblogs.org>

Kontakt: DaFDaZSolidaritaet@gmail.com

Kundgebung

Lehrende/Lernende der Basisbildung/DaF/DaZ gegen Verschärfungen im Asylgesetz und rassistische „Integrations“maßnahmen

RECHT AUF BILDUNG, MEHRSPRACHIGKEIT UND SPRACHERWERB SELBSTBESTIMMTES LERNEN FÜR ALLE STATT DISKRIMINIERUNG DURCH ZWÄNGE UND AUSSCHLUSS!

ANGEMESSENE BEZAHLUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR DAF/DAZ – KURSLEITER_INNEN STATT AUSLAGERUNG DES SPRACHERWERBS IN DEN PRIVATEN UND UNENTLOHNTEN BEREICH!

NEIN ZU „WERTE“KURSEN UND ZUR RASSISTISCHEN „LEITKULTUR“!

FÜR UNBEFRISTETEN AUFENTHALT!

RECHT AUF FAMILIENNACHZUG OHNE HÜRDEN UND AUSSCHLUSSKRITERIEN!

Mittwoch, 16.12.2015, 17 Uhr
Innenministerium (Herrengasse)
Bringt Kolleg_innen, Freund_innen und Lärminstrumente (Töpfe) mit.

Kundgebung

Lehrende/Lernende der Basisbildung/DaF/DaZ gegen Verschärfungen im Asylgesetz und rassistische „Integrations“maßnahmen

RECHT AUF BILDUNG, MEHRSPRACHIGKEIT UND SPRACHERWERB SELBSTBESTIMMTES LERNEN FÜR ALLE STATT DISKRIMINIERUNG DURCH ZWÄNGE UND AUSSCHLUSS!

ANGEMESSENE BEZAHLUNG UND ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR DAF/DAZ – KURSLEITER_INNEN STATT AUSLAGERUNG DES SPRACHERWERBS IN DEN PRIVATEN UND UNENTLOHNTEN BEREICH!

NEIN ZU „WERTE“KURSEN UND ZUR RASSISTISCHEN „LEITKULTUR“!

FÜR UNBEFRISTETEN AUFENTHALT!

RECHT AUF FAMILIENNACHZUG OHNE HÜRDEN UND AUSSCHLUSSKRITERIEN!

Mittwoch, 16.12.2015, 17 Uhr
Innenministerium (Herrengasse)
Bringt Kolleg_innen, Freund_innen und Lärminstrumente (Töpfe) mit.

Als Unterrichtende im Bereich Basisbildung/DaF/DaZ (Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache) rufen wir zum Protest gegen die geplanten Verschärfungen im Asylgesetz auf sowie gegen den 50 Punkte - Plan zur „Integration“, der in einigen Punkten darauf abzielt, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte durch rassistische Gesetze zu entmündigen.

Gleichzeitig begleitet ein rassistisch geführter „Werte“-diskurs die Angriffe auf die Rechte von Migrant_innen und Geflüchteten.

Mit Sorge beobachten wir nicht nur einen massiven Rechtsruck in der Politik europäischer Staaten, sondern auch in den Köpfen vieler Menschen, die sich etwa an den flüchtlingsfeindlichen und rechtsextremen Aufmärschen der letzten Monate zeigt.

DIE SOFORTIGE ÖFFNUNG ALLER GRENZEN UND DIE BEREITSTELLUNG VON BENÖTIGTER VERSORGUNG UND INFRASTRUKTUR VOR ORT – KEINE MAUERN, KEINE ZÄUNE!

EINEN SOFORTIGEN ABSCHIEBESTOPP!

LEGALE UND SICHERE FLUCHTWEGE – KEINE KRIMINALISIERUNG VON FLUCHTHELFER_INNEN

FÜR EINE UNABHÄNGIGE RECHTSBERATUNG – DIE SOFORTIGE SCHLIESSUNG DER DEN INNENMINISTERIUM UNTERSTELLTEN RÜCKKEHR„BERATUNGSSTELLEN“ WIE Z. B. DEM VEREIN MENSCHENRECHTE

Viele der Kursteilnehmer_innen, mit denen wir als Unterrichtende tagtäglich zu tun haben, sind vom geplanten „Asyl auf Zeit“ direkt betroffen: Zum einen die Menschen, die nach einer positiven Asylanerkennung mit Förderung durch den ÖIF (Österreichischen Integrationsfonds) Deutsch-Integrationskurse besuchen, zum anderen diejenigen, die sich noch im laufenden Asylverfahren befinden und zumeist über ermäßigte Kursplätze an DaF/DaZ-Kursen teilnehmen können, die sonst für sie unbezahlbar wären.

Wir fordern daher mehr subventionierte Deutsch- und Alphabetisierungskurse und Förderungen im Bereich der Muttersprache bzw. den Erstsprachen, mehr Möglichkeiten für Frauen und Jugendliche freiwillig Deutschkurse zu besuchen sowie das Recht auf Kostenübernahme für Deutschkurse durch staatliche Träger für Menschen im laufenden Asylverfahren.

Als Unterrichtende im Bereich Basisbildung/DaF/DaZ (Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache) rufen wir zum Protest gegen die geplanten Verschärfungen im Asylgesetz auf sowie gegen den 50 Punkte - Plan zur „Integration“, der in einigen Punkten darauf abzielt, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte durch rassistische Gesetze zu entmündigen.

Gleichzeitig begleitet ein rassistisch geführter „Werte“-diskurs die Angriffe auf die Rechte von Migrant_innen und Geflüchteten.

Mit Sorge beobachten wir nicht nur einen massiven Rechtsruck in der Politik europäischer Staaten, sondern auch in den Köpfen vieler Menschen, die sich etwa an den flüchtlingsfeindlichen und rechtsextremen Aufmärschen der letzten Monate zeigt.

DIE SOFORTIGE ÖFFNUNG ALLER GRENZEN UND DIE BEREITSTELLUNG VON BENÖTIGTER VERSORGUNG UND INFRASTRUKTUR VOR ORT – KEINE MAUERN, KEINE ZÄUNE!

EINEN SOFORTIGEN ABSCHIEBESTOPP!

LEGALE UND SICHERE FLUCHTWEGE – KEINE KRIMINALISIERUNG VON FLUCHTHELFER_INNEN

FÜR EINE UNABHÄNGIGE RECHTSBERATUNG – DIE SOFORTIGE SCHLIESSUNG DER DEN INNENMINISTERIUM UNTERSTELLTEN RÜCKKEHR„BERATUNGSSTELLEN“ WIE Z. B. DEM VEREIN MENSCHENRECHTE

Viele der Kursteilnehmer_innen, mit denen wir als Unterrichtende tagtäglich zu tun haben, sind vom geplanten „Asyl auf Zeit“ direkt betroffen: Zum einen die Menschen, die nach einer positiven Asylanerkennung mit Förderung durch den ÖIF (Österreichischen Integrationsfonds) Deutsch-Integrationskurse besuchen, zum anderen diejenigen, die sich noch im laufenden Asylverfahren befinden und zumeist über ermäßigte Kursplätze an DaF/DaZ-Kursen teilnehmen können, die sonst für sie unbezahlbar wären.

Wir fordern daher mehr subventionierte Deutsch- und Alphabetisierungskurse und Förderungen im Bereich der Muttersprache bzw. den Erstsprachen, mehr Möglichkeiten für Frauen und Jugendliche freiwillig Deutschkurse zu besuchen sowie das Recht auf Kostenübernahme für Deutschkurse durch staatliche Träger für Menschen im laufenden Asylverfahren.

Ebenfalls fordern wir bessere Bezahlung und bessere Beschäftigungsverhältnisse, da auch für uns als Unterrichtende der Status Quo äußerst prekär ist. Spracherwerb darf keine Frage individueller ökonomischer Möglichkeiten sein, Unterrichtstätigkeit muss angemessen entlohnt werden!

Das mangelhafte Angebot an staatlich subventionierten Deutschkursen begünstigt, dass private Institute hohe Kursgebühren verlangen und zugleich Kursleiter_innen unter dem vorgesehenen Mindestlohn entlohnen!

Zwar bieten zahlreiche solidarische Initiativen kostenlose Deutschkurse an und leisten so einen unverzichtbaren reproduktiven Anteil im Bereich Spracherwerb. Unbezahlte Arbeit, nicht selten bis zum Burnout, ist jedoch keine akzeptable Lösung, wenn der Staat sich weigert, Gelder für angemessen entlohnte Kurse locker zu machen.

Wir sollten uns aber keinesfalls damit zufrieden geben, dass soziale Verantwortung, auch im Bereich Bildung und Spracherwerb, entsprechend dem neoliberalen Paradigma, auf ehrenamtliches, zivilgesellschaftliches Engagement abgewälzt wird.

Die von Minister Kurz geforderten „Werte“-kurse für anerkannte Geflüchtete lehnen wir ab. Neben der Androhung von Kürzungen der Sozialleistungen (Mindestsicherung) bei Nicht-Teilnahme an dieser geplanten Zwangsmaßnahme, was eine ökonomische Erpressung für Betroffene darstellt, soll der „Grad der Integration“ („mangelnde“ Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der „Werte und Gesellschaftsordnung“) auch in Verfahren zur Rückkehrentscheidungen einfließen, was eine Aberkennung des Asylstatus bedeuten kann.

Als Deutschkursleiter_innen verweigern wir uns der von der Regierung vorgeschlagenen „Werte“-vermittlung im Bereich des Deutschunterrichts. Wir sind nicht die verlängerte Instanz repressiver staatlicher Integrationspolitik und deren eurozentristischer Wertevorstellungen. Zwangsverpflichtung zu „Wertekursen“ entmündigt Menschen und konstruiert in kolonialrassistischer Tradition das Bild vermeintlicher kultureller und ethischer Überlegenheit „europäischer Gesellschaften“ gegenüber „den Anderen“.

DIE MÖGLICHKEIT FÜR EINEN FREIWILLIGEN SPRACHERWERB FÜR ALLE STATT DISKRIMINIERENDE „INTEGRATIONS“ZWÄNGE

Ebenfalls fordern wir bessere Bezahlung und bessere Beschäftigungsverhältnisse, da auch für uns als Unterrichtende der Status Quo äußerst prekär ist. Spracherwerb darf keine Frage individueller ökonomischer Möglichkeiten sein, Unterrichtstätigkeit muss angemessen entlohnt werden!

Das mangelhafte Angebot an staatlich subventionierten Deutschkursen begünstigt, dass private Institute hohe Kursgebühren verlangen und zugleich Kursleiter_innen unter dem vorgesehenen Mindestlohn entlohnen!

Zwar bieten zahlreiche solidarische Initiativen kostenlose Deutschkurse an und leisten so einen unverzichtbaren reproduktiven Anteil im Bereich Spracherwerb. Unbezahlte Arbeit, nicht selten bis zum Burnout, ist jedoch keine akzeptable Lösung, wenn der Staat sich weigert, Gelder für angemessen entlohnte Kurse locker zu machen.

Wir sollten uns aber keinesfalls damit zufrieden geben, dass soziale Verantwortung, auch im Bereich Bildung und Spracherwerb, entsprechend dem neoliberalen Paradigma, auf ehrenamtliches, zivilgesellschaftliches Engagement abgewälzt wird.

Die von Minister Kurz geforderten „Werte“-kurse für anerkannte Geflüchtete lehnen wir ab. Neben der Androhung von Kürzungen der Sozialleistungen (Mindestsicherung) bei Nicht-Teilnahme an dieser geplanten Zwangsmaßnahme, was eine ökonomische Erpressung für Betroffene darstellt, soll der „Grad der Integration“ („mangelnde“ Sprachkenntnisse sowie Kenntnisse der „Werte und Gesellschaftsordnung“) auch in Verfahren zur Rückkehrentscheidungen einfließen, was eine Aberkennung des Asylstatus bedeuten kann.

Als Deutschkursleiter_innen verweigern wir uns der von der Regierung vorgeschlagenen „Werte“-vermittlung im Bereich des Deutschunterrichts. Wir sind nicht die verlängerte Instanz repressiver staatlicher Integrationspolitik und deren eurozentristischer Wertevorstellungen. Zwangsverpflichtung zu „Wertekursen“ entmündigt Menschen und konstruiert in kolonialrassistischer Tradition das Bild vermeintlicher kultureller und ethischer Überlegenheit „europäischer Gesellschaften“ gegenüber „den Anderen“.

DIE MÖGLICHKEIT FÜR EINEN FREIWILLIGEN SPRACHERWERB FÜR ALLE STATT DISKRIMINIERENDE „INTEGRATIONS“ZWÄNGE